

HEUSS-FORUM
10/2019

Zoé Kergomard

**Die Wahlenthaltung als demokratische
„Krankheit“? Politische Eliten, Nicht-
wählerinnen und Nichtwähler in Frankreich
in der Nachkriegszeit (1944–1989)**

**Theodor-Heuss-Kolloquium 2019
Democracy Revisited. Praktiken, Ordnungen
und Begrenzungen der liberalen Demokratie
von den 1940er Jahren bis zur Gegenwart
10.–11. Oktober 2019**

In Kooperation mit der
Akademie für Politische Bildung Tutzing



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Zoé Kergomard

Die Wahlenthaltung als demokratische „Krankheit“? Politische Eliten, Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Frankreich in der Nachkriegszeit (1944–1989)

„Macht was ihr möchtet, aber wählt Macron“: Die provokative, auf Freiheit und Zwang anspielende Aufforderung auf der Titelseite der Mitte-Links-Zeitung *Libération* am 2. Mai 2017 sorgte für Empörung in der französischen Öffentlichkeit, sodass die Zeitung sich noch Monate später vom Vorwurf freisprechen musste, zu Macrons Wahl beigetragen zu haben.¹ Die Zeitung meinte dabei ihre historische Rolle als Wächterin gegen die andere Kandidatin bei der Stichwahl um die Präsidentschaft, Marine Le Pen, wahrzunehmen. Sie zog aus der begrenzten Auswahl beim zweiten Ausgang von Präsidenten- sowie und Parlamentswahlen Schlüsse und entzog der von manchen Linkswählenden erwogene Option der Wahlenthaltung die Legitimierung. Selbst wenn der Chefredaktor Laurent Joffrin sich im Voraus des Vorwurfs der „Schuldzuweisung“ freisprach, hatte diese Stellungnahme aber wohl für viele Wählerinnen und Wähler einen bitteren Beigeschmack.

Jenseits dieses angespannten Wahlkontexts wurden in dieser Konfrontation um die Wahlenthaltung divergierende Vorstellungen des legitimen politischen Handelns erkennbar, die etwas über den Zustand einer Demokratie aussagen. Somit lohnt sich ein histori-

scher Rückblick darauf, wie die Wahlenthaltung in der V. Republik als demokratische Frage – und oft als demokratisches „Problem“ – im Zeitverlauf verhandelt wurde. In meinem aktuellen Forschungsprojekt, von dem ich hier erste Ergebnisse vorstellen möchte, interessiere ich mich insbesondere für jene Akteure, die in der Lage sind, öffentlich über die Wahlenthaltung zu reden und gegebenenfalls auch zu handeln, nämlich Behörden, politische Bewegungen, Medien, aber auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.² Die Historiographie zu den Wahlen im 19. Jahrhundert sowie in „jungen“ Demokratien widmet sich dieser Frage schon lange und zeigt, wie der Wahlakt als kollektive Tugend sich nicht selbstverständlich durchgesetzt hat – Wahlen ließen sich eben nicht von unten organisieren.³ In der Dritten Republik hielten die *préfets* somit die Wahlteilnahme unter genauer Beobachtung, während Journalisten, Künstlerinnen, Lehrerinnen und Politiker den Wahlakt als Moment der nationalen Vereinigung freier Bürger ritualisierten. Die Selbstverständlichkeit der Wahlteilnahme wurde dennoch für die nähere Gegenwart von der Forschung weniger erkundet. In der politikwissenschaftlichen Debatte über eine gegenwärtige Krise der Demokratie führt die Empörung über die Zunahme der Wahlenthaltung oft implizit zu nostalgischen Projektionen auf

¹ Joffrin, Laurent: *Faites ce que vous voulez mais votez Macron*, in: *Libération*, 7.5.2017; Mathiot, Cédric: *Libération a-t-il contribué à faire élire Emmanuel Macron?*, in: *Libération*, 12.11.2017.

² Vgl. Projektbeschreibung: *Curing a Democratic Sickness? Political Actors and the Rise of Electoral Abstention in France, Germany and Switzerland in Post-War Times (1945–1989)*.

³ Siehe insbes. Déloye, Yves/Ihl, Olivier: *L'acte de vote*, Paris 2008; Richter, Hedwig: *Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert*, Hamburg 2017; Richter, Hedwig/Buchstein, Hubertus: *Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie*, Wiesbaden 2017.

die ersten Nachkriegsjahrzehnte.⁴ Dabei war die Wahlbeteiligung nie wirklich selbstverständlich, sondern blieb ein politischer Streitgegenstand, mit dem politische Akteure immer wieder die Grenzen der legitimen Partizipation, des Bürgerseins oder auch des Politischen überhaupt verhandelten.

Zwischen „Desinteresse“ und „Fahnenflucht“: Die Problematisierung der Wahlenthaltung in der IV. Republik

Der Fokus auf den Wahlakt stellt die üblichen Periodisierungen der jungen Demokratiegeschichte ein Stück weit in Frage: Die IV. Republik setzte die Grenzen des Demos neu. 1944 erhielten die Französinen nach einem jahrzehntelangen Kampf das Stimmrecht von der provisorischen Regierung de Gaulles zugesprochen. Bald durften sie auch wählen und wurden Adressatinnen von ähnlichen Mobilisierungspraktiken wie auch Männer fast 100 Jahre zuvor, beginnend mit klaren Mahnungen in der Presse, sich einschreiben zu lassen und ihre „staatsbürgerliche Pflicht“ zu erfüllen – so bei dem Plakat einer Widerstandsgruppe: „Die Regierung des Generals de Gaulle erkennt Ihnen endlich das Stimmrecht zu, vernachlässigen Sie nicht Ihre Pflicht!“⁵ In diesen politisch komplexen ersten Nachkriegsjahren erhielten Frauen wie Männer viele Mahnungen gegen die Wahlenthaltung („abstention“) oder sogar den „abstentionnisme“. Die Verwendung dieses negativ konnotierten Begriffs wies auf eine moralische Schuld hin, oder zumindest auf ein verant-

wortungsloses Verhalten. Insbesondere in Richtung der Frauen kritisierte der Klerus somit die Wahlenthaltung als „schuldhafte Demission“ von Frankreich und vom Christentum.⁶ Die häufige Deutung der Wahlenthaltung als „Fahnenflucht“ zeigt dabei, wie das androzentrische Bürgerschaftsmodell, das wie in anderen Ländern politische mit militärischen Pflichten verquicte, einfach auf die Frauen ausgedehnt wurde. Die IV. Republik berief sich dabei auf einen Universalismus, der eigentlich um den Standard eines männlichen, bürgerlichen und weißen Wähler konstruiert war. Die Frauen blieben in den Mobilisierungspraktiken als spezielle Gruppe jenseits der als weiterhin männlich gedachten Wählerschaft ausgesondert: In Zeiten der Lebensmittelkarten ermahnte ein Flugblatt die Frauen, sich in das Wahlregister einschreiben zu lassen, denn das sei genauso wichtig, wie bei der Käserei ein Konto zu haben.⁷

Die ersten Wahlen wurden dafür als Momente der nationalen Wiederfindung und eines neuen Optimismus gedeutet. Bei den Kommunalwahlen vom Mai 1945, so schilderte es die neue Zeitung *Le Monde*, seien die Franzosen zufrieden, ja erleichtert, ihre politischen Rechte wieder ausüben zu können. Währenddessen hätten die Frauen gezeigt, dass sie die Ausübung ihres neuen Rechts als Pflicht wahrnahmen.⁸ Die Performanz des Wahlakts zielte darauf ab, die Rückkehr, aber auch die Erneuerung der Demokratie in Frankreich zu beweisen – im Oktober 1945 stimmten 72 %

⁴ Z.B. Crouch, Colin: *Post-Democracy*, Cambridge/Malden 2004; Streeck, Wolfgang: *How Will Capitalism End? Essays on a Failing System*, Brooklyn 2016.

⁵ Groupe Libération: *Appel aux femmes*, 29.04.1945, Fondation Charles de Gaulle.

⁶ *Les élections générales*, in: *Le Monde*, 9.10.1945.

⁷ Denoyelle, Bruno: *Des Corps en élections. Au rebours des universaux de la citoyenneté: les premiers votes des femmes (1945–1946)*, in: *Genèses* 31 (1), 1998, S. 81.

⁸ *Elections confuses mais utiles*, in: *Le Monde*, 02.05.1945.

der Wählenden (bei 79 % Wahlbeteiligung) für das Prinzip einer neuen Verfassung. Schlussendlich genehmigten 53 % der Wählenden (bei einer Wahlbeteiligung von nunmehr 69 %) die Verfassung der IV. Republik, die einen reformierten Parlamentarismus einführen sollte und in ihrer Präambel soziale und ökonomische Rechte zur Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 hinzufügte. Bald wurde aber die neue Republik, im Kontext des beginnenden Kalten Krieges, vom angespannten Machtkampf zwischen Christdemokraten, Kommunisten und Gaullisten belastet. Umso wichtiger wurde die Wahlbeteiligung für die innere und äußere Legitimierung des noch fragilen Regimes. Wie sonst in Westeuropa wurden Wahlen nämlich von außen intensiv beobachtet. Nicht nur der Ausschluss der Kommunisten aus der Regierungskoalition im Jahr 1947 wurde von den USA und den Alliierten begrüßt; auch die Wahlbeteiligung und die allgemeine Stimmung bei den Wahlen galten als Gradmesser der Demokratie im Lande. Die französische Presse zitierte gerne amerikanische Kommentare dazu; so beobachtete sich die IV. Republik von außen. Bei den Wahlen von 1951 hat die amerikanische Presse sowohl den Rückgang des Wahlanteils für die Kommunisten wie auch die „Ehre der Wähler“ zelebriert,⁹ die zahlreich erschienen waren, ohne dazu gezwungen worden zu sein – die sowjetischen „Volksdemokratien“ dienten dabei als Schreckbild.¹⁰ Gleichwohl unterstrich *Le Monde* durch den Spiegel der amerikanischen Presse aber die „Ruhe“ der französischen

Wählerinnen und Wähler.¹¹ Solche Deutungen drücken eine allgemeine Ambivalenz nachkriegszeitlicher Eliten gegenüber der Wahlbeteiligung aus: Einerseits wurde sie als Zeichen der „politischen Maturität“ zelebriert, wie bemerkenswerterweise im Falle der jungen BRD.¹² Andererseits grenzten sich die jungen Demokratien gegen die fieberhafte Massenmobilisierung der Zwischenkriegszeit ab.

Bald aber wurden die Schwierigkeiten der IV. Republik thematisiert, etwa angesichts der starken politischen Polarisierung eine stabile Regierung bilden zu können. Enttäuschende Beteiligungszahlen, zum Beispiel bei lokalen Wahlen, rückten in die öffentliche Aufmerksamkeit. Auf der Basis der offiziellen Wahlstatistik relativierten die ersten politikwissenschaftlichen Studien zwar politische oder gar psychologische Gründe, verwiesen aber stattdessen auf soziale und geographische Hindernisse.¹³ Diese Studien und ihre Diskussion in den Medien betonten eine mentale Kartographie des Wahlverhaltens, in der die Wahlenthaltung eine allgemeine Entfernung von der „Politik“ darstelle.¹⁴ So würden die geographische Entfernung und der Lebensstil mancher

⁹ États-Unis: Attention au problème social, in: *Le Monde*, 20.06.1951.

¹⁰ 98 % de volants en Allemagne orientale qui ne connaît ni l'abstentionnisme ni l'opposition, in: *Le Monde*, 17.10.1950.

¹¹ États-Unis: Attention au problème social, in: *Le Monde*, 20.6.1951.

¹² « Nous avons prouvé notre maturité politique », disent les Allemands, in: *Le Monde*, 17.8.1949.

¹³ Recherche de doctrine et de sociologie électorale, in: *Le Monde*, 16.04.1952 ; Dupeux, Georges: Le problème des abstentions dans le département du Loir-et-Cher au début de la Troisième République, in: *Revue française de science politique* 2 (1), 1952, S. 71–86; Goguel, François: Pour une étude scientifique de l'abstentionnisme électoral, in: *Revue française de science politique* 2 (1), 1952, S. 68–70.

¹⁴ Dazu Barbet, Denis: Quand les mots de l'abstention parlent des maux de la démocratie, in: *Mots. Les langages du politique* (83), 2007, S. 53–67.

ruraler Wähler sie „geistig und moralisch“ vom „öffentlichen Leben des Landes oder gar des Dorfes“ fernhalten. Die noch höheren Wahlenthaltungszahlen bei Frauen verstärkten auch das Bild, dass sie „weniger den Geschmack für Politik“ und „weniger direkte Interessen zu verteidigen“ hätten, es sei denn, sie seien berufstätig und ledig.¹⁵ Diese Deutung der Wahlenthaltung als Entfernung von der „Politik“ – oder gar im Fall der Frauen als Zeichen ihrer Einschränkung auf die Privatsphäre – trug eine Zeit lang zur Nichtpolitisierung dieses Phänomens bei. Bei Männern würde es vor allem um „Desinteresse“,¹⁶ Individualismus oder gar Hedonismus gehen: Der typische Nichtwähler würde am Sonntag einfach lieber fischen gehen – ein Topos, der bis heute wiederkehrt. Denn ein echter, verantwortungsvoller Mann, besonders ein Familienvater, würde seine „staatsbürgerliche Verantwortung“ kennen.¹⁷

Die Wahlenthaltung wurde aber bald ins Krisennarrativ integriert, das sich im Laufe der 1950er Jahre im Kontext der Dekolonisierungskriege (insbesondere Indochina und Algerien) und der offensichtlichen strukturellen Schwächen der IV. Republik verbreitete. Eine Notiz des Bistums Lyon über die priesterliche Begleitung der Bürger(innen) in ihren politischen Pflichten erklärte in diesem Sinne die Wahlenthaltung als „Geist der Fahnen-

flucht“ gegen die Instabilität in der Politik.¹⁸ Debakel der Armee wie in Dien Bien Phu machten das militärisch und männlich konnotierte Register der Demobilisierung umso symbolhafter, aber auch umstrittener – 1955 wurde das anti-militärische Lied *Le déserteur* von Boris Vian zensiert. Als Antwort auf die Krisendiagnose kamen institutionelle Reformen in die Diskussion sowie Maßnahmen für die „Wiederbelebung des Zivilismus“, darunter die Wahlpflicht mit Sanktionen, wofür Belgien als Vorbild galt.¹⁹ Diese Möglichkeit war bereits in der III. Republik regelmäßig diskutiert, aber stets mit dem Argument der Freiheit abgelehnt worden.²⁰ Nun nahm sie neue Bedeutung ein, als das Gesetz Defferre (23. Juni 1956), eine späte Reaktion auf die Dekolonisierungsbewegungen, allen Bürgern und Bürgerinnen des Kolonialreiches (seit 1946 Union française) ein gleichberechtigtes Stimm- und Wahlrecht zuerkannte. Die üblichen, rassistisch konnotierten Argumente gegen die staatsbürgerliche Fähigkeit der „Einheimischen“ verschwanden dennoch nicht. Vielerorts zeigten sich die kolonialen Verwalter darüber besorgt, ob die neuen Bürger der Kolonien wirklich in der Lage seien, dem republikanischen Ideal entsprechend eine individuelle Meinung zu bilden, geschweige denn zur Urne zu gehen.²¹

¹⁵ L'abstentionnisme est un phénomène essentiellement féminin, in: *Le Monde*, 21.05.1954; Dogan, Mattei; Narbonne, Jacques: *L'abstentionnisme électoral en France*, in: *Revue française de science politique* 4 (1), 1954, S. 5–26.

¹⁶ M. Jean-Paul David secrétaire général du R.G.R., in: *Le Monde*, 19.4.1955.

¹⁷ Les voix du silence, in: *Informations sociales*, Juli 1955.

¹⁸ Une note doctrinale sur « la prudence nécessaire au clergé dans le domaine politique », in: *Le Monde*, 13.12.1955.

¹⁹ M. Mendès-France se prononce en faveur du vote obligatoire, in: *Le Monde*, 26.7.1955.

²⁰ Dazu Déloye, Yves: *Chronique d'une allergie républicaine au vote obligatoire (XIXe-XXe siècles)*, in: Amjahad, Anissa; Waele, Jean-Michel de; Hastings, Michel (Hg.): *Le vote obligatoire: débats, enjeux et défis*, 2011, S. 69–88.

²¹ Simonis, Francis: *L'administration coloniale et le référendum du 28 septembre 1958 dans les fédéra-*

Die V. Republik durch hohe Wahlbeteiligung legitimieren: De Gaulles Kommunikationspolitik gegen die Wahlenthaltung

Die Sorgen um die Wahlenthaltung der Bürger und Bürgerinnen in den Kolonien wie in der kolonialen Metropole blieben dennoch und prägten insbesondere das Referendum zur Verfassung der V. Republik im September 1958. Mit dieser meinte de Gaulle, der im Mai 1958 nach einem militärischen Coup in Algerien wieder an die Macht „gerufen“ worden war, die Autorität des französischen Staates wiederherzustellen. Das Verfassungsreferendum sollte die Legitimität dieses Machtwechsels, des neuen Regimes und de Gaulles Kolonialpolitik im Zeichen einer neuen, die republikanische Rechtsgleichheit gewährleistenden *Communauté française* sichern. Die intensive Referendumskampagne für das „Ja“ hob somit eine multiethnische „Communauté“ hervor, die entlang einer Hochzeitsanalogie „Ja“ zur Marianne als Braut, zum französischen Staat, aber auch zu de Gaulle als Retter der Nation sagen würde.²² Gegen diese performative Botschaft wehrten sich die Kommunisten als einzige Partei, die in ihrer bescheidenen Gegenkampagne die „diktatorischen“ Züge der neuen Verfassung denunzierte.²³

Entscheidend für den Erfolg des Referendums war somit nicht nur das angesichts der schwachen Opposition hoch zu erwartende Ja-Ergebnis, sondern vielmehr die Höhe der

tions d'AOF et AEF, in: *Outre-Mers. Revue d'histoire* 95 (358), 2008, S. 59–73.

²² Lefor Openo: *Oui à la France*, 1958, Plakat, Fondation Charles de Gaulle; Pozzi, Jérôme: *Les mouvements gaullistes: partis, associations et réseaux (1958–1976)*, Rennes 2011, S. 63–65.

²³ Parti communiste français: *Appel au peuple de France*, 18.07.1958, Plakat, 120x80 cm, Archives départementales de la Seine-Saint-Denis, 89FI/2417.

Wahlbeteiligung. Deshalb warb die vom Interimspräsidenten de Gaulle selbst und seinen mannigfaltigen Netzwerken getragene Kampagne für das Ja und zugleich gegen die Wahlenthaltung.²⁴ Die Behörden kommunizierten ebenfalls gegen die Wahlenthaltung, was natürlich auch ein Weg war, für das Ja zu werben. Aus dem Informationsministerium, das bald eine zentrale Funktion in de Gaulles Kommunikationspolitik spielen würde, regte der ehemalige Generalgouverneur Algeriens Jacques Soustelle die Presse an, gegen die Wahlenthaltung Stellung zu nehmen: „Die Wahlenthaltung war die Plage der IV. Republik. Die Franzosen können ja, nein, oder weiß abstimmen, aber sie sollten wählen.“²⁵

Viele Zeitungen übernahmen diese vermeintliche Neutralität und warben nicht direkt für das Ja, sondern für die Wahlbeteiligung.²⁶ Zudem lancierten Weggefährten von de Gaulle den „Staatsbürgerlichen Aktionsfront gegen die Wahlenthaltung“ (*Front d'action civique contre l'abstention*, FrACCA) mit dem Ziel, „den staatsbürgerlichen Geist in all seinen Formen zu fördern“ und konkret gegen die Wahlenthaltung zu kämpfen.²⁷ Der Verein erhielt öffentliche Gelder, seine Gründer zielten dennoch darauf ab, ihre Nähe zur Regierung zu verstecken.²⁸ Dabei hatte insbesondere der Widerstandskämpfer Raymond Offroy

²⁴ J-M J. G: *Votez oui pour une République forte, pour une vie meilleure, pour un avenir de paix... Pas d'abstention!*, 1958, *La contemporaine*, AFF33454.

²⁵ M. Jacques Soustelle, in: *Le Monde*, 20.09.1958.

²⁶ Dutter, Joseph: *Journal et civisme. La presse et le référendum en province*, in: *Études de presse*, 1959, S. 21–39.

²⁷ *Déclaration à la préfecture de police (23.08.1959)*, *Journal officiel de la République française*, 11.09.1958, S. 8176.

²⁸ Offroy, Raymond: *Passer outre: le génie du gaullisme*, 1989, S. 145.

eine zentrale Rolle beim Aufbau der „Öffentlichkeitsarbeit“ des französischen Staates im Kontext des Algerienkrieges gespielt. Seit 1957 leitete er das Französische Informationsverbreitungszentrum (Centre de diffusion française, CDF), das Filme zur Verteidigung der französischen Algerienpolitik produziert hatte. Diese Erfahrungen spielten in die Kampagne der FrACCA für die Stimmbeteiligung beim Referendum hinein: Offroy produzierte einen Film „Rendez-vous mit der Geschichte“, der vielerorts in Kinosälen gezeigt wurde.²⁹ Die Kampagne wurde zudem ins Land getragen durch den Einsatz eines Flugzeugs sowie eines Ausflugsboots auf der Seine, ferner durch Stellungnahmen in der Presse und durch zahlreiche Plakate, um für die Wahl zu werben, mit scheinbar offenen Sprüchen wie „Wählt ja, wählt nein, aber wählt“ oder „Wählt dafür oder dagegen, aber wählt“.³⁰ Dieser Slogan wurde zwar sofort belächelt, prägte sich dennoch in die kollektive Erinnerung ein.³¹

²⁹ Denis, Sébastien: «Nous avons vu ce que nous voulions voir»: les documentaires français sur l'Algérie, de la propagande aux relations publiques (1945-1962), in: Georgakakis, Didier; Déloye, Yves (Hg.): Les républiques en propagande. Pluralisme politique et propagande: entre déni et institutionnalisation XIXe-XXIe siècles, 2006, S. 434-436.

³⁰ Public-Realisations: Votez oui Votez non mais Votez, 1958, La contemporaine, AFF33426. Dazu Charnay, Jean Paul: Le suffrage politique en France: Élections parlementaires, élection présidentielle, référendums, 1965, S. 188; Féron, Elise: Mobiliser sans culpabiliser. La question du devoir électoral et les campagnes d'incitation civique, in: Amjahad, Anissa; Waele, Jean-Michel de; Hastings, Michel (Hg.): Le vote obligatoire: débats, enjeux et défis, 2011, S. 69-88.

³¹ Laut populären Witzbüchern hätten folglich manche Wähler „für oder gegen“ auf ihre Stimmzettel geschrieben, Guillois, Mina; Guillois, André: Liberté, égalité, hilarité, 1972, S. 2.

Der FrACCA lancierte aber auch autoritäre, wieder militärisch konnotierte Mahnungen zum Patriotismus wie „Wahlenthaltung = Fahnenflucht“; „Wahlenthaltung = Verrat“.³² Währenddessen war die Wahlbeteiligung in Algerien alles andere als eine freie Entscheidung. Die algerischen Wähler und Wählerinnen erhielten einerseits Drohungen der Nationalen Befreiungsfront, gar nicht zur Abstimmung zu gehen; andererseits nutzte die Armee mancherorts eine Mischung aus psychologischem Druck und regelrechtem Zwang, um sie zur Urne zu bringen.³³ Der Erfolg des Referendums (82 % Ja-Stimmen) und die Höhe der Wahlbeteiligung (85 %) sicherten immerhin die gewünschte Legitimation für de Gaulle. Inszenierte Foto-Reportagen über die Abstimmung in Algerien machten Schlagzeilen.³⁴

Dieser erste Erfolg sicherte den Daseinszweck einer mehr oder weniger offiziellen Kommunikation nur für die Wahlbeteiligung.³⁵ Mit der Ausdehnung der Kommunikationspolitik de Gaulles auf das Fernsehen produzierte auch der einzige Kanal ORTF Spots für die Wahlbeteiligung, wie im März 1962 für das hochsensible Referendum zur Genehmigung der Verträge von Évian um die Unabhängigkeit Algeriens, mit denen das Ende des Algerienkrieges besiegelt wurde. Die Befürworter der Algérie française und darunter die gewalttätige Untergrundbewegung OAS (Organisa-

³² Dernier appel du front d'action civique contre l'abstention, in: Le Monde, 29.9.1958.

³³ Charnay, Jean Paul: Le suffrage politique en France: Élections parlementaires, élection présidentielle, référendums, 1965, S. 188; Sambron, Diane: Femmes musulmanes: Guerre d'Algérie 1954-1962, Paris 2007.

³⁴ Raz de marée «oui», in: L'Union, 29.09.1958.

³⁵ Denis, Sébastien: Le cinéma et la guerre d'Algérie: la propagande à l'écran, 1945-1962, 2009, S. 434-435.

tion der geheimen Armee) riefen hingegen zur Stimmenthaltung auf. Der Spot „Die Sünde der Vernachlässigung“ ist ein Musterbeispiel für eine scheinbar unterhaltsame und somit völlig entpolitisierte staatliche Kommunikation für den Wahlakt in einem so komplexen Kontext.³⁶ Die Sachfrage wird nicht erwähnt und die Stimmenthaltung als moralisch falsches, unverantwortliches Verhalten eines (männlichen, bürgerlich gekleideten) Durchschnittsfranzosen („le Français“) dargestellt, der immer eine Ausrede parat hat: Das Wetter lud zum Fischen ein, oder ein „Straßenunfall“ (das Begegnen eines schönen Fräuleins) ließ ihn „vom rechten Weg abkommen“.³⁷ Im Nachhinein war die Beteiligung aber schon höchst politisch: Mit diesem Referendum ließ de Gaulle seine neue Algerienpolitik bestätigen. Die letzten Befürworter der Algérie française vertraten im Urteil der Geschichte die falsche Position.

„Wählt frei“ vs. „Wählt nicht!“.

Deutungskämpfe um Freiheit in der Wahldemokratie um 1968

Die Kommunikation des ORTF für die Wahlteilnahme institutionalisierte sich in den nächsten Jahren, nicht zuletzt weil der FrACCA als pseudo-neutraler, dennoch offensichtlich gaullistischer, zugleich öffentlich finanzierter Verein eine leichte Zielscheibe der Opposition war und daraufhin aufgelöst wurde.³⁸ An seine Stelle trat das als neutraler empfundene Zentrum für staatsbürgerliche Informationen (Centre d'informations

civiques). Dieses Zentrum fokussierte sich auf eine rein juristische Information über das Wahlrecht, die man in Kampagnenzeiten auch per Telefon erhalten konnte.³⁹ Das Zentrum hatte einen grundsätzlich neutralen, dafür oft unpolitischen Ton. Die Medien, insbesondere der ORTF, verbreiteten die Kampagnen des Zentrums oder waren sogar Partner, so ab 1967 mit dem Trophée civique, einem staatsbürgerlichen Preis für die französische Gemeinde mit der höchsten Wahlbeteiligung.⁴⁰ Diese Idee kam vom sechzigjährigen expressionistischen Künstler Bernard Lorjou, der auch eine Reihe von Plakaten für das Zentrum gestaltete. Darunter ein Plakat mit dem Spruch „Wählt, wie ihr möchtet, aber wählt“, der mit der Spannung zwischen freier Wahl und Mahnung spielte und schon in der frühen III. Republik in Leitartikeln auftauchte.⁴¹ Dieses Plakat kam bei den als Antwort auf „Mai 1968“ vorzeitig berufenen Legislativwahlen vom Juni 1968 zum Einsatz und fand in diesem Kontext besonderen Widerhall. Die französischen 1968er-Bewegungen stellten nämlich sowohl die autoritär-paternalistische Figur von de Gaulle wie auch seine Legitimierung durch Parlamentarismus und Wahlen stark in Frage. Jugendliche unter 21 Jahren kritisierten zwar grundsätzlich ihren Ausschluss vom Wahlrecht, demonstrierende Studierende wie streikende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer forderten aber dar-

³⁶ Le péché par négligence: l'abstention, Les actualités françaises, ORTF, 28.03.1962, INA.

³⁷ Ebd.

³⁸ Lancelot, Alain; Rémond, René: L'abstentionnisme électoral en France, 1968, S. 249–260.

³⁹ Inter actualités de 19H15, 21.10.1962, INA ; Pozzi, Jérôme: Les mouvements gaullistes. Partis, associations et réseaux (1958-1976), Rennes 2011, S. 179f.

⁴⁰ Inter actualités de 20H00, 24.02.1967, INA.

⁴¹ Lorjou, Bernard: Votez pour qui vous voudrez mais Votez Centre d'Information ..., 1968, Bibliothèque Forney, AF 200702; Grimm, Thomas: Aux électeurs de la Seine, in: Le Petit Journal, 15.10.1877 ; Tout se modernise. Le progrès scientifique de la campagne électorale, in: La Liberté, 20.04.1928.

über hinaus die Anerkennung der „populären Macht“ und eine basisdemokratische Partizipation. Dafür lehnten sie das Versprechen der Regierung, Wahlen in Unternehmen abzuhalten, und das de Gaulle'sche paternalistische Modell einer „Mitbestimmung“ ab.⁴² Im Juni 1968 antworteten im öffentlichen Raum somit auf Lorjous Plakate für die Wahlteilnahme zahlreiche Aufrufe zur Wahlenthaltung („Handelt! Sabotiert! Wählt nicht!“).⁴³ In Erinnerung ist besonders der Slogan „Élections, pièges à cons“ (Wahlen, Fallstrick für Dummköpfe) geblieben, den Sartre ein paar Jahre später übernahm, um eine regelrechte Kritik der repräsentativen Demokratie zu entwickeln: Im Gegensatz zu den republikanischen Mythen seien die Wahlzettel nicht das Symbol einer freien Willensbildung, sondern das Symptom einer Entmachtung des Volkes.⁴⁴ Wenn Lorjous Spruch mit der 68er-Kritik der Mahnungen („Es ist verboten, zu verbieten“ oder „Wählt frei“⁴⁵) in Resonanz kamen, erschienen die ORTF-Spots in diesem Kontext noch skurriler als ohnehin schon, indem sie den konfliktgeladenen politischen Kontext gänzlich ignorierten: „Gehen Sie bitte nicht in die Ferien, denn Sie dürfen sich nicht enthalten“.⁴⁶ Und sicherlich dienten diese Wahlen, noch mehr als die wenigen Demonstrationen

seiner Anhänger, als Legitimierungsmittel für de Gaulle.

Die Wahlenthaltung als demokratische „Krankheit“ und Reformversuche ab den 1980er Jahren

Die politischen Kräfteverhältnisse in der V. Republik veränderten sich 1981 mit dem ersten Machtwechsel zugunsten einer linken Regierung. Linke Akteure sahen sich ab dann nicht mehr primär als oppositionell und kamen nun auch in die Lage, die steigende Wahlenthaltung (34 % bei den Legislativwahlen von 1988 gegenüber 17 % bei denen von 1978) als „Krankheit“ zu kritisieren.⁴⁷ Denn nach den ersten enthusiastischen Jahren der Mitterrand-Präsidentschaft verbreitete sich eine Krisendiagnose, die an die Diskussion um die „politische Verdrossenheit“ in den 1980er Jahren in der BRD erinnert.⁴⁸ Dabei spielte die Zunahme der Wahlenthaltung sicherlich eine Rolle; mehr noch aber die ersten großen Erfolge des Front National in Dreux 1984. Die anderen Parteien und die traditionellen Medien zeigten sich über die Verquickung beider Phänomene besorgt.⁴⁹ Die Wahlenthaltung als demokratische „Krankheit“ war somit weniger ein Streitgegenstand zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien, sondern verursachte einen Empörungsdiskurs, der in der Öffentlichkeit zwischen

⁴² Bantigny, Ludivine: 1968: de grands soirs en petits matins, Paris 2018, S. 341–346.

⁴³ s.n.: Agissez! Sabotez le parlementarisme! Ne votez pas!, 1968, Bibliothèque nationale de France, ENT QB-1 (1968,13)-FT6.

⁴⁴ Comité Ecoles d'Art: Elections piège à cons, 1968, Musées royaux des Beaux-Arts de Belgique, 9513; Sartre, Jean-Paul: Élections, piège à cons, in: Les Temps Modernes 318, 1973.

⁴⁵ Atelier populaire: Votez librement, 1968, Bibliothèque nationale de France, ENT QB-1 (1968,5)-FT6.

⁴⁶ Spot du centre d'information civique, JT 20h, ORTF, 28.06.1968, INA.

⁴⁷ Interview de M. François Mitterrand, TSR, 04.11.1988. Dazu Garrigou, Alain: La politique en France de 1940 à nos jours, Paris 2017, S. 283.

⁴⁸ Lacroix, Bernard: Conclusion, in: Arcy, François d' (Hg.): La représentation, Paris 1985, S. 175–185; Neveu, Erik: Dynamique des médias et crise de la représentation, in: L'aquarium 10, 1992, S. 5–23.

⁴⁹ So bei den Europawahlen 1984, Les partis de la majorité sont largement distancés par l'opposition, in: Le Monde, 19.06.1984.

Parteiakteuren, Journalisten und Intellektuellen zirkulierte.

Eine wichtige Diskursumkehrung zur Wahlenthaltung haben dennoch Expertinnen und Experten seit den 1980er Jahren geschafft: Wissenschaftliche Studien und Erfahrungsberichte von politischen Aktivistinnen und Aktivisten haben die Tatsache thematisiert, dass viele der Nichtwählenden gar nicht oder schlecht (nicht in der passenden Gemeinde) im Wählerverzeichnis registriert waren.⁵⁰ Dies betrifft insbesondere mobile Bürgerinnen und Bürger – sei es für das Studium oder aufgrund prekärer Arbeits- und Wohnbedingungen. Während Möglichkeiten zur Vereinfachung des Wählens außer Betracht blieben (die Briefwahl schien Fälschungen zu ermöglichen), kam das Eintragen in das Wählerverzeichnis wieder in die Diskussion, mit dem Vorschlag, es zu vereinfachen oder gar (wie in vielen Ländern) automatisch zu machen, was 1997 für 18-Jährige gelang. Seit Ende der 1990er Jahre ist es auch nicht mehr das inzwischen abgelöste Zentrum für staatsbürgerliche Informationen, sondern im Sinne des Pluralismus sind es vielfältige zivilgesellschaftliche Vereine, die vom Innenministerium den Auftrag für Wahlbeteiligungskampagnen erhalten und sich das Budget dafür aufteilen. Seither sind die Kampagnen vielfältiger geworden und stützen sich weniger auf Massenkommunikation als auf das Hausieren. Als Erbe der neuen sozialen Bewegungen engagieren sich zudem viele dieser Vereine nicht

⁵⁰ Subileau, Françoise; Toinet, Marie-France: *Les chemins de l'abstention: une comparaison franco-américaine*, Paris 1993; Héran, François; Rouault, Dominique: *La présidentielle à contre-jour: abstentionnistes et non-inscrits*, in: INSEE Première 397, 1995; Braconnier, Céline; Dormagen, Jean-Yves: *La démocratie de l'abstention: Aux origines de la démobilisation électorale en milieux populaires*, Paris 2007.

nur für die Wahlbeteiligung aller, sondern für breitere Formen politischer Partizipation – über die Wahlen hinaus.⁵¹

Ausblick

Die Wahlenthaltung ist seit den 1980er Jahren indes weiter gestiegen, selbst bei den Präsidentschaftswahlen und besonders in diesem Fall bleibt sie eine hochpolitisierte Frage. 2001 und 2017 erreichte der Front National den zweiten Wahlgang, was für alle seine Gegner den Druck auf das „nützliche Wählen“ („vote utile“), nämlich für den anderen Kandidaten (Chirac bzw. Macron) erhöhte. Gerade weil die Wahlenthaltung angesichts einer solchen Alternative als staatsgefährdend gilt, fordern manche die Berechnung der weißen Stimmzettel („vote blanc“) als abgegebene Stimmen, damit diese Möglichkeit bleibt, seine Unzufriedenheit mit der Einschränkung politischer Alternativen kundzutun. Wie *Libération* machten 2017 dennoch viele Akteure im rechten wie im linken Parteispektrum nicht nur Kampagnen für eine rege Wahlbeteiligung, sondern auch für die Wahl von Macron.

In Laufe der V. Republik standen somit Wahlen und Wahlbeteiligung im Zentrum einer demokratischen Ordnung, welche die Priorität auf Stabilität und Vertrauen zum Präsidenten setzte. Gerade de Gaulles gezielter Einsatz von plebiszitären Urnengängen enthüllte dennoch die hochpolitische Bedeutung

⁵¹ Féron, Elise: *Mobiliser sans culpabiliser. La question du devoir électoral et les campagnes d'incitation civique*, in: Amjahad, Anissa; Waele, Jean-Michel de; Hastings, Michel (Hg.): *Le vote obligatoire: débats, enjeux et défis*, 2011, S. 69–88; Talpin, Julien: «Le jour où toi et moi on sera vraiment égaux, j'irai voter», in: *Questions de communication* n° 30 (2), 2016, S. 65–90.

der Wahlbeteiligung. Die 68er-Bewegungen stellten insofern einen Bruch dar, als sie zum Teil die Legitimität von Wahlen und Abstimmungen direkt anfochten oder zumindest ihre Zentralität in der Demokratie in Frage stellten. Kennzeichnend für die Kraft des präsidentiellen Systems ist dennoch, dass autoritäre Mahnungen zur Wahlbeteiligung immer wieder beim zweiten Wahlgang zurückkehren könnten, wenn es darum geht, den Präsidenten zu wählen. Die regelmäßig wiederkehrende Empörung über die Wahlenthaltung hat gleichzeitig nicht dazu beigetragen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, geschweige denn sie zu vereinfachen: Die Hürde der Einschreibung in das Wählerverzeichnis schließt immer noch viele Franzosen und Französinnen von der Wahl aus.⁵²

Zitation:

Zoé Kergomard: Die Wahlenthaltung als demokratische „Krankheit“? Politische Eliten, Nichtwählerinnen und Nichtwähler in Frankreich in der Nachkriegszeit (1944–1989), in: HEUSS-FORUM 10/2019, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_10_2019.

⁵² 2012 standen noch 3 Millionen Stimmberechtigten nicht auf dem Wahlregister, während 6.5 Millionen nicht in der richtigen Gemeinde eingeschrieben waren, Braconnier, Céline; Dormagen, Jean-Yves; Gabalda, Ghislain u. a.: Sociologie de la mal-inscription et de ses conséquences sur la participation électorale, in: Revue française de sociologie Vol. 57 (1), 08.04.2016, S. 17–44 ; Pochon, Elisabeth; Warsmann, Jean-Luc: Rapport d'information en conclusion des travaux d'une mission d'information sur les modalités d'inscription sur les listes électorales, Assemblée nationale, 17.12.2014.